

Dresden, 04.11.2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestern mussten wir aus der Presse vom Abstimmungsergebnis im Sächsischen Landtag vom vergangenen Donnerstag (30.10.2025) erfahren. Demnach haben unsere Abgeordneten gegen einen aus unserer Sicht sinnvollen Antrag der Linken zum AfD-Verbotsverfahren gestimmt. Eigentlich hatten wir vor, in unserer Ortsvereinssitzung einen Beschluss zu fassen, mit dem wir vom Unterbezirk Dresden Informationen über den Stand seiner Bemühungen um die Einleitung des Verbotsverfahrens einfordern. Die SPD Dresden hatte nämlich auf unsere gemeinsame Initiative mit den Jusos hin auf ihrem Parteitag am 26.10.2024 beschlossen, sich hinter die Absicht zur Einleitung eines Verbotsverfahrens zu stellen, und sich gleichzeitig dazu bekannt, dass dies mit einer breiten Diskussion innerhalb der Partei um die weitere Frage einhergehen muss, wie wir die z. T. berechtigte Kritik an Politik, Staat und Gesellschaft aufgreifen können und diese Energie in gute sozialdemokratische Politik umwandeln wollen. Auf unserem Landesparteitag vom 21./22.06.2025 ist ebenfalls ein entsprechender Beschluss gefasst worden. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden darin aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren sorgfältig vorzubereiten. Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssten laut damaliger Pressemitteilung der Parteivorsitzenden mit einer klaren Kante rechnen. Auf dem Bundesparteitag vom 27.-29.06.2025 hat die SPD schließlich auf Antrag des Parteivorstands einstimmig (also mit den Stimmen der sächsischen Delegierten) beschlossen, das Parteiverbot - ausdrücklich unabhängig von Umfragewerten und Wahlergebnissen - zu prüfen. Das Bundesverfassungsgericht müsse durch die Antragstellung in die Lage versetzt werden zu beurteilen, welche Gefahr für unsere Demokratie von der AfD ausgeht. Außerdem soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um Belege für die Verfassungswidrigkeit der AfD zu sammeln. Anschließend will die SPD ggf. auf einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht dringen.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir die Abstimmungsverhalten unserer Landtagsabgeordneten - auch unter Berücksichtigung Mandatsfreiheit - nicht. Wir sind entsetzt und haben deshalb gestern beschlossen, uns diesen Vorgang erklären zu lassen. Wir verlangen Antworten auf folgende Fragen:

1. Wann hat die SPD-Fraktion vom Antrag der Linken erfahren?
2. Haben sich die SPD-Abgeordneten nach ausreichender Diskussion unter Berücksichtigung der o.g. Beschlusslage in der Partei zu diesem gemeinsamen Abstimmungsverhalten entschlossen?
3. Welche Gründe haben dabei den Ausschlag gegeben?
4. Warum sind die Mitglieder der SPD Sachsen weder vorher noch nachher über diesen Vorgang informiert worden?
5. Steht die Fraktion nach wie vor zu ihrer Entscheidung bzw. der ihrer Mitglieder? Wie will sich die Fraktion in Zukunft zu diesem Thema verhalten?
6. Welche Haltung hat der Landesvorstand der SPD Sachsen zum Parteiverbotsverfahren? Wann wird diese uns bekannt gemacht? Ist angedacht, die Sache auf einem Landesparteitag erneut zur Abstimmung zu bringen oder geht der Landesvorstand wie wir davon aus, dass die Beschlusslage der SPD unbefristete Gültigkeit hat?

Aus Sorge um die Glaubwürdigkeit der SPD und aus Angst um ihre Zukunft erwarten wir eure Antwort sobald wie möglich.

Mit solidarischen Grüßen



Jutta Müller-Leonhardt



Andreas Ueberbach

Vorsitzende des Ortsvereins Dresden-Elbhang/Schönfelder Hochland